

[Wohnungen für amerikanische Streitkräfte](#)

Kategorie : [Hohenfels](#)

Veröffentlicht von Gast am 29-Oct-2003 09:55

Auf der gestrigen Gemeinderatssitzung in Hohenfels wurden unter anderem die Forderungen des Bundesvermögensamtes nach weiteren Wohnungen für Einsatzkräfte des Truppenübungsplatzes diskutiert.

Zunächst soll der Bebauungsplan Hummelkapelle geändert werden. Ein Bauherr will hier neun Einheiten mit Doppelhäusern bebauen, die an das Bundesvermögen vermietet werden sollen, da Wohnraumbedarf seitens amerikanischer Familien besteht. Der Vorschlag wurde zwar ebenso wie der Bebauungsplanvorschlag für Großbissendorf-Ost vom Gemeinderat befürwortet, doch will man laut Bürgermeister Heinrich Bossle die Konzepte zunächst auf den jeweiligen Bürgerversammlungen am 05. bzw. 18. November den Bürgern vorstellen, um Diskussionsmöglichkeiten zu schaffen. Aufgrund der Forderung des Bundesvermögensamtes größere Wohnungen für höhere Offiziere zu schaffen plant man in Großbissendorf die Erstellung von sieben Doppelhäusern in der Nähe der bereits bestehenden größeren Siedlung. Doch wie eingangs erwähnt will man für die endgültige Beschlussfassung zunächst die Bürgerversammlungen abwarten.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt der Gemeinderatssitzung war die Vorstellung des Untersuchungsergebnisses für die Abwasserentsorgung im Gemeindegebiet. Das mit dieser Thematik auch beruflich konfrontierte Gemeinderatsmitglied Bernhard Birgmeier / Bauingenieur hat hierzu eine Studie angefertigt, aus der hervorgeht, dass der Anschlussgrad in Hohenfels bereits bei 86 % liegt. Werden noch 72 Einzelkläranlagen gebaut, so wäre die Abwasser-Entsorgung gemäß den Auflagen bis 2010 für das Gemeindegebiet Hohenfels komplett gelöst. Der genaue Beschluss, welche Art der Entsorgung gewählt wird, wird im Frühjahr des kommenden Jahres gefasst werden, um die Planungssicherheit vor allem für die Bürger des betroffenen Ortsteils Weiler zu gewährleisten.

Die vier Freiwilligen Feuerwehren des Gemeindegebiets Hohenfels hatten eine Zuschuss beantragt, da Restkosten in Höhe von € 380,-- geblieben waren. Die Gemeinde erklärte sich in der letzten Sitzung bereit, davon € 200,-- zu übernehmen.